



**subventioniert von der europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit und der Unterstützung seitens des EZA (Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen)**

### **Pressemitteilung**

Die Europäische Gruppe der Arbeiterpastorale hat sich in Manchester (Großbritannien) vom 15. bis 17. November 2018 zum jährlichen Kolloquium zum Thema „Soziales Europa, Arbeitnehmerbewegungen und Sozialdialog. Eine gemeinsame Vision für den europäischen Sozialsockel?“ eingefunden. Ausgehend von den Beiträgen und vom Austausch formulierte die Gruppe eine Botschaft an ihre Strukturen und Mitgliedsvereinigungen sowie an Christen, die sich in der Arbeitswelt einsetzen.

### **Abschlussbotschaft des Kolloquiums**

Das Projekt des europäischen Aufbaus hat in den vergangenen Jahren eindeutig an Kraft verloren. Zahlreiche Nationen haben Regierungen gewählt, die sich kritisch oder sogar offen gegen die Fortsetzung des europäischen Abenteuers äußern. Viele europäische Bürger machen sich über ihre Zukunft Sorgen und flüchten in eine nationalistische und populistische Sicht in der Hoffnung, dass illusorische Rückwärtsgewandtheit sie vor den Konsequenzen der Internationalisierung schützt und Freiräume von Solidarität auf nationaler Ebene geschaffen werden.

Wir sind uns bewusst, dass zu viele Menschen in diesem Europa in ihrer Existenz durch die aufeinanderfolgenden Krisen bedroht werden und dass Europa nicht mehr der Garant für eine länderübergreifende Solidarität für alle Bürger sein kann. Wir sind überzeugt, dass die richtige Lösung eben nur in der Schaffung eines gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraumes zu finden ist. Dieser Raum muss zu einem Raum der Solidarität und der Gerechtigkeit für alle Menschen, Männer und Frauen, Einheimische und Migranten, Bürger aus reichen Regionen und aus Randgebieten werden. Die Erhaltung der Vorteile des europäischen Aufbaus erfolgt mit einem Pakt, in dem besser den Hoffnungen und Erwartungen eines jeden Bürgers auf ein gutes und menschenwürdiges Rechnung getragen wird.

Die Initiative des Vorsitzenden der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, zur Schaffung eines europäischen Sockels der Sozialrechte ist ein begrüßenswerter Ausgangspunkt. Natürlich muss die Einführung einer gemeinsamen Politik der Sozialrechte zumindest den gleichen Stellenwert erhalten wie der Aufbau des europäischen Binnenmarktes innerhalb der europäischen Prioritäten.

Ausgehend von den erklärten Absichten geht es jetzt darum, sich mit der konkreten Festlegung der Maßnahmen im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Solidaritätsraumes zu befassen. Wir möchten glauben, dass eine Einigung zwischen Norden und Süden, Westen und Osten über die menschenwürdigen und guten Arbeitsbedingungen für jeden Bürger möglich ist. Diese Bedingungen müssen jedem die Möglichkeit verleihen, höchsten Schutz zu genießen, an allen Facetten des gesellschaftlichen Lebens teilzuhaben und für sich und seine Familie ein glücklicheres Leben zu bieten.

Wir möchten, dass die Ungerechtigkeiten massiv in diesem europäischen Raum eingeschränkt werden und die Entwicklung möglichst allen zugutekommt. Nur so können die Bürger Europas zum Optimismus und zum Glauben an das europäische Aufbauwerk zurückfinden. Die sozialen Fragestellungen sind nicht allesamt der Befugnis Europas unterworfen. In zahlreichen Bereichen müssen entsprechend der Idee einer richtig verstandenen Solidarität die Nationalstaaten ebenfalls ihre Verantwortung übernehmen. Sinn und Zweck ist der Einsatz für ein gemeinsames Streben nach der Umsetzung von Sozialrechten auf hohem Niveau in allen Ländern.

Die GEPO bestätigt, dass die soziale Frage sich auf der gleichen Bedeutungsebene wie wirtschaftliche Fragen bewegt. Arbeit und Beschäftigung sind Grundrechte, und wir bestehen auf die Vorrangigkeit der Würde eines jeden Menschen in die Entwicklung der Wirtschaft. Die Bestimmung der Wirtschaftstätigkeiten muss immer ein gemeinsames Gut sein und bleiben. Wir fordern die Einführung einer innovativen Politik, die die ehrgeizigen Ziele in der Erklärung zum europäischen Sozialsockel in konkrete Formen gießt. Unsere Vorschläge beruhen auf der Soziallehre der Kirche.

Konkret stellen wir die nachstehenden Forderungen:

#### im Bereich des Sozialdialogs:

- die Erweiterung des Sozialdialogs auf sämtliche Dimensionen des Gesellschaftslebens, d.h. Kultur, Bürgerschaft, die Debatte über die generationenübergreifenden Herausforderungen und die Migration,
- die konsequente Investition in die Ausbildung über den Sozialdialog, damit allen die Kompetenz zur Teilnahme am Sozialdialog vermittelt wird,
- die Präsenz in den sozialen Netzen, damit auf diese Weise die Kommunikationskanäle der jungen Generationen zwecks deren Einbindung in den Dialog genutzt werden,
- die Einhaltung eines offenen ehrlichen und geteilten Dialogs. Die Zielsetzung muss der Schutz der Würde aller sein.

#### im Bereich der Entlohnungen:

- die Einführung eines zwingenden Berechnungsmodus für den sozialen Mindestlohn in allen Ländern der Europäischen Union. Diese Berechnung muss auf den Bedürfnissen laut den Grundrechten beruhen (Ernährung, Unterbringung, Kultur, Gesundheit, Ausbildung, Kommunikation und Mobilität). Für jedes Land wird der Preis dieser gemeinsamen europäischen Berechnungsbasis berechnet und in einen Lohn umgewandelt.
- Den Kindern muss nach dem gleichen Prinzip einer altersgebundenen Basis öffentliche finanzielle Beihilfe gewährt werden.
- Es müssen effiziente Systeme in jedem Land eingeführt werden, damit darauf geachtet wird, dass die Lohndifferenzen sich dem Faktor eins zu zehn nähern.

#### im Bereich des Ausgleichs zwischen Lebenszeit und Arbeitszeit

- Einführung einer gemeinsamen Gesetzgebung über die Öffnungszeiten der Geschäfte in Europa.
- Start einer Informationskampagne über die übertriebene Netzverbundenheit.
- Gewährleistung des Zugangs zu öffentlichen Kinderbetreuungsstätten.
- Europaweites Verbot von „Null-Stunden-Arbeitsverträgen“. Die Arbeitszeiten müssen im Vorfeld bekannt sein und mit dem Arbeitnehmer vereinbart worden sein.
- Vereinheitlichung und Reduzierung der Arbeitszeiten überall in Europa mit der Verpflichtung der ausgleichenden Einstellung ohne Lohneinbußen.

Unsere Handlungsleitlinien der einzelnen Arbeiterpastoralen sind:

- Treffen mit politischen Parteien, um sie dazu zu bewegen, von den europäischen Sozialrechten in ihrer Kampagne zu den Europawahlen 2019 zu reden.
- Einsatz mit sämtlichen Organisationen der Arbeitswelt für den Aufbau dieses europäischen Sockels der Sozialrechte und dessen konkreten, verbindlichen Inhalt, damit die Europapolitik wieder zum Garant sozialer Gerechtigkeit und länderübergreifender Solidarität wird.
- Mobilisierung und Ausbildung unserer Mitglieder zu „Multiplikatoren“ im Zuge dieser Mobilisierungskampagne rund um die Einführung des europäischen Sozialsockels.
- Aktiver Einsatz bei den Europawahlen im Mai 2019, damit die Gewählten, die sich für soziale Gerechtigkeit in Europa einsetzen, mehr Gewicht erhalten. Wir werden gegen sämtliche populistischen und nationalistischen Kräfte, die Europa in den Abgrund stürzen, ankämpfen.
- Entschlossener Einsatz für die Schwächsten, die in der Arbeitswelt am empfindlichsten getroffen werden (Alleinstehende, unqualifizierte Menschen, Kranke, Langzeitarbeitslose, Migranten...), damit sie wieder ihre Würde und ihren Platz in diesem Europa wiederfinden.